Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9119**

17. Wahlperiode 26. 03. 2012

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Dittrich, Dr. Lukrezia Jochimsen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8937 –**

Aussteigerprogramme für Neofaschisten

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundesamt und einige Landesämter für Verfassungsschutz sowie mehrere vom Bund geförderte Vereinigungen bieten Aussteigerprogramme für Angehörige der rechtsextremistischen Szene an. Den Neofaschisten wird nach Prüfung ihrer Ausstiegsbereitschaft Hilfe bei der Wohnungssuche, den Behördenkontakten, der beruflichen/schulischen Qualifizierung usw. angeboten.

1. Gehen die Fragesteller recht in der Annahme, dass sich die Angabe der Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 17/2886, es sei in weniger als zehn Fällen der Anrufer nicht zu einem erwünschten Erfolg gekommen, sich auf ein Neuntel der Anrufer insgesamt bezieht, es also mithin zu rund 113 erfolgreichen Ausstiegen in den Jahren 2001 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage im September 2010 gekommen ist, und wenn nicht, wie viele erfolgreiche Ausstiege konnten dann in diesem Zeitraum verzeichnet werden?

   Falls die Bundesregierung keine exakten Zahlen nennen kann, warum nicht?

Die Annahme der Fragesteller trifft im Wesentlichen zu.

2. Wie viele (ehemalige) Rechtsextremisten nutzten in den Jahren 2010 und 2011 (bitte jeweils getrennt beantworten) das vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingerichtete Aussteigerprogramm?

   a) Inwiefern führt das BfV eine Statistik über die Anrufer, und nach welchen Kriterien werden dort die Anrufe verzeichnet?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führt eine Arbeitsdatei, in der die Anrufer wie folgt verzeichnet werden:

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 22. März 2012 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Ausstiegswillige, Angehörige, Gefährdete, Hinweisgeber, Info-Suchende, Journalisten, Provokateure, Sonstige.

Anrufer werden dabei nur statistisch erfasst, wenn ein Zusammenhang zum Aussteigerprogramm besteht.

b) Wie viele Anrufe verzeichnete die Aussteigerhotline insgesamt, und wie lassen sich diese nach solchen Kriterien unterteilen?

Wie viele Ausstiegswillige, und wie viele Angehörige/Freunde waren unter den Anrufern?

c) Nach wie vielen ersten Kontaktgesprächen kam es zu weiteren, ausführlicheren Telefonaten mit BfV-Mitarbeitern?

d) Wie viele Anrufer wurden als potentiell ausstiegswillig angesehen?

e) In wie vielen Fällen gelang ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene?

f) In wie vielen Fällen misslang ein solcher Ausstieg, und auf welche Gründe ist dies im Wesentlichen zurückzuführen?

In den Jahren 2010 und 2011 wurden jeweils rund 20 Anrufer verzeichnet. Dabei handelte es sich bei jeweils knapp der Hälfte um Ausstiegsinteressierte.

Von rund einem Drittel davon wurden erfolgreich Betreuungsleistungen in Anspruch genommen. Lediglich in insgesamt zwei Fällen führte die Betreuung nicht zum Erfolg.

3. Hat die Bundesregierung die Feststellung gemacht, dass einige der Aussteiger später wieder in die rechtsextreme Szene zurückkehrten?

a) Wie schätzt die Bundesregierung das Problem solcher „Rückfälle“ bzw. von angeblichen Aussteigern, die einen Ausstiegswillen nur vortäuschen, um ggf. das Vorgehen des BfV auszukundschaften oder finanzielle Vorteile zu erlangen, ein?

b) Welche Zahlen liegen ihr hierfür vor?

Das Rückfallrisiko wird aufgrund der Bearbeitungsstrategie weitgehend minimiert.

Konkrete Erkenntnisse zu Rückfällen liegen der Bundesregierung nicht vor.

4. Wie viele der Anrufer in den Jahren 2001 bis 2010 waren zum Zeitpunkt ihrer ersten Kontaktaufnahme mit dem BfV im Gefängnis, und wie viele von diesen sind erfolgreich ausgestiegen?

Wie gestalten sich diese Zahlen jeweils für die Jahre 2010 und 2011?

Eine dahingehende statistische Aufbereitung der Anrufe findet nicht statt.

5. Welche Finanzmittel wurden seit 2001 zur Durchführung des Aussteigerprogramms aufgewendet (bitte jeweils pro Jahr angeben)?

a) Wie viele Mittel wurden zur Unterstützung bei der Wohnungssuche aufgewandt, und wie viele Aussteiger haben eine solche Unterstützung in Anspruch genommen?

b) Wie viele Mittel wurden zur Unterstützung bei schulischer oder beruflicher Weiterqualifizierung aufgewandt, und wie viele Aussteiger haben eine solche Unterstützung in Anspruch genommen?

c) Wie viele Mittel wurden zur Unterstützung bei Drogentherapien aufgewandt, und wie viele Aussteiger haben eine solche Unterstützung in Anspruch genommen?

d) Wie viele Mittel wurden zur Bewältigung von Schuldenproblemen aufgewandt, und wie viele Aussteiger haben eine solche Unterstützung in Anspruch genommen?

Einzelheiten des Haushalts des BfV sind in einem VS-Geheim eingestuften Wirtschaftsplan gemäß § 10a der Bundeshaushaltsordnung (BHO) veranschlagt. Diesbezügliche Anfragen werden nur gegenüber den dafür zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages, dem Vertrauensgremium (gemäß § 10a BHO) und dem Parlamentarischen Kontrollgremium für die Nachrichtendienste des Bundes beantwortet.

6. Welche über die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 17/2886 hinausgehenden Angaben zum Projektverlauf im Sinne der damaligen Fragestellung liegen der Bundesregierung inzwischen zum Ausstiegsprogramm von EXIT-Deutschland vor?

Der Bundesregierung liegen zwei Sachberichte (2009 und 2010) im Rahmen der Berichtspflicht zur Projektförderung vor, in welchen die Verwendung der Zuwendung und erzielte Ergebnisse im Einzelnen dargestellt sind.

7. Wie viele (ehemalige) Rechtsextremisten nutzten in den Jahren 2010 und 2011 (bitte jeweils getrennt angeben) das Aussteigerprogramm von EXIT-Deutschland?

Unterstützung erfuhren im Jahr 2010 48 Personen, im Jahr 2011 66 Personen.

a) Liegt der Bundesregierung eine statistische Auswertung von EXIT-Deutschland über die eingegangenen Anrufe bzw. Ausstiegswillige vor, und wenn ja, nach welchen Kriterien ist diese unterteilt?

Nein, die Anrufe werden nicht statistisch erfasst. Die Anliegen an EXIT-Deutschland sind vielfältig und erfolgen über eine allgemeine Kontaktnummer, es gibt keine spezielle Aussteigerhotline.

b) Wie viele Anrufer verzeichnete die Aussteigerhotline insgesamt, und wie lassen sich diese nach den auf die vorige Frage 7a genannten Kriterien unterteilen?

Vergleiche Antwort zu Frage 7a.

c) Nach wie vielen ersten Kontaktgesprächen kam es zu weiteren ausführlicheren Telefonaten?

Die Aussteiger melden sich zumeist per E-Mail oder Brief und haben in den meisten Fällen schon feste Ausstiegsabsichten. Nur in wenigen Fällen (jährlich unter zehn) werden telefonisch anonyme Vorkontakte gesucht.

d) In wie vielen Fällen gelang ein Ausstieg aus der rechten Szene?

Seit 2000 gelang der Ausstieg in 434 Fällen.

e) In wie vielen Fällen misslang ein Ausstieg, und auf welche Gründe wird dies maßgeblich zurückgeführt?

Von insgesamt 443 haben neun Personen den Ausstieg seit 2000 nicht geschafft. Sie gingen in die Szene zurück oder wurden in anderen Bereichen „qualifizierter“ Kriminalität aktiv. Gründe liegen in ideologisch unbewältigter Vergangenheit und Festhalten an alten Weltbildern, einem ungefestigten Ausstiegswillen und Rückholungen aus der ehemaligen Bezugsszene. In einigen Fällen hält die Gefährdung durch Rechtsextremisten bei gleicher Problematik an. Besonders gefährdet sind Frauen und Kinder, hier scheint ein gesicherter Ausstieg nur bei einer Umstrukturierung der Sorge- und Umgangsrechtsprechung möglich.

f) Wie viele der Ausstiegswilligen waren zum Zeitpunkt der ersten Kontaktaufnahme im Gefängnis, und wie viele von diesen sind erfolgreich ausgestiegen?

24 Personen waren oder sind im Gefängnis. Rückfällig wurden zwei Personen.

8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die sonstigen Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten (bitte möglichst Zahlen und Angaben nach dem Muster von Frage 7 übermitteln)?

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fördert im Rahmen des „XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg“ von 2009 bis 2014 neben der Initiative EXIT-Deutschland des Trägers ZdK (Gesellschaft für demokratische Kultur gGmbH) weitere 14 Initiativen bundesweit. Unterstützt wird der Ausstieg aus der rechten Szene verbunden mit dem Einstieg in Ausbildung, Qualifizierung und/oder Arbeit:

- Recklinghäuser Arbeitsförderungsinitiative RE/init e. V.
- Internationaler Bund Dresden
- Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e. V. Elze/Waren (CDJ)
- Verein für Arbeitsmarktintegration u. Berufsförderung AIB e. V. Potsdam
- Drudel 11 e. V. Jena
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Berlin
- Europazentrum Brandenburg/Berlin (EZBB) Pinnow
- Technologie- und Berufsbildungszentrum Leipzig gGmbH (TBZ)
- Landesamt für Soziales, Jugend, Versorgung Rheinland-Pfalz
- Hessisches Ministerium für Inneres und Sport
- Publicata e. V. Berlin
- Demokratisches Ostvorpommern-Verein für politische Kultur e. V.
- Verein zur Förderung der Bildung Jugendlicher und Erwachsener Tressow e. V. (VfBJ)
- Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) Braunschweig

9. Liegt mittlerweile die Evaluation der bisherigen Arbeiten des Aussteigerprogramms von EXIT-Deutschland vor (bitte ggf. beilegen bzw. URL nennen), und wenn nicht,

a) durch wen wird diese Evaluierung vorgenommen,

Die externe Evaluation wird durch Prof. Dr. Birgit Rommelspacher (Alice Salomon FH Berlin) und die interne Evaluation durch die Freudenberg-Stiftung vorgenommen.

b) bis wann soll das Ergebnis vorliegen?

Das BMAS hat 2009 die GIB-Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH Berlin mit der Evaluation des „XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg“ beauftragt, in dessen Rahmen neben 14 anderen Aussteiger-Initiativen auch EXIT-Deutschland evaluiert wird. Eine Zwischenbilanz liegt vor.

10. Welche Erkenntnisse oder Einschätzungen hat die Bundesregierung über die jeweiligen „Rückfallquoten“ dieser Programme?

Das BMAS greift über die wissenschaftliche Begleitung und die fachliche Begleitung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. dieses Thema im Sinne der Nachhaltigkeit des Programmes auf. Erste Erkenntnisse liegen frühestens 2013 vor.

11. Mit welchen Bundesmitteln wird EXIT-Deutschland seit 2001 gefördert (bitte pro Jahr angeben), und inwiefern ist die Förderung (in welcher Höhe) auch für die Zukunft sichergestellt?

Das BMAS fördert(e) seit Programmstart des „XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg“ EXIT-Deutschland (neben der Förderung durch den Europäischen Sozialfond (ESF)) in 2009 mit 20 162,68 Euro, in 2010 mit 36 234 Euro, in 2011 mit 42 079 Euro und in 2012 mit 14 027 Euro. EXIT-Deutschland wird darüber hinaus bis 2013 mit zusätzlich 37 499,98 Euro Bundesmitteln gefördert.

Daneben konnten in der Vergangenheit einige modellhafte Projekte der Initiative EXIT des Zentrums für Demokratische Kultur vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in eine Bundesförderung einbezogen werden. Insgesamt wurden in den Jahren 2001 bis 2010 hierfür Mittel in Höhe von knapp 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderung von zeitlich begrenzten Modellprojekten der Initiative EXIT wird auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen.

12. Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung Änderungen in Konzeption, finanzieller Ausstattung, Trägerschaft und Durchführung des BfV-Aussteigerprogramms bzw. der Förderung privater Aussteigerprogramme (bitte begründen)?

Das BMAS führt das „XENOS-Sonderprogramm Ausstieg zum Einstieg“ mit einer Projektlaufzeit bis 2012/2013 durch. Alle 15 Initiativen können ein weiteres (Transfer-)Jahr beantragen. Die Laufzeit des Programms endet 2014. Für die Transferphase stellt das BMAS zusätzliche Mittel (2012: 150 000 Euro) und der ESF 1,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333